

Bildung ohne Grenzen! –
Positionspapier der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ)
zur hochschulpolitischen Situation in Deutschland



Als Katholische Studierende Jugend (KSJ) fühlen wir uns verpflichtet, permanent an der Verwirklichung einer gerechteren Gesellschaft aktiv mitzuwirken. Wir artikulieren immer wieder auf unterschiedliche Weise unsere Anregungen, um eine bessere Lage für SchülerInnen, Studierende und die Gesellschaft zu erreichen. In Anbetracht der aktuellen Entwicklungen des deutschen Hochschulsystems – v. a. die Umsetzung des Bologna-Prozesses, die Erhebung allgemeiner Studiengebühren, der verschärfte Wettbewerb zwischen den Hochschulen – sehen wir als KSJ die Prinzipien der Verwertbarkeit und des wirtschaftlichen Nutzens vor den Grundsatz einer umfassenden, auf die Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen gerichteten Bildung gestellt. Deshalb formulieren wir in diesem Positionspapier unsere Forderungen an die Verantwortlichen in Politik auf Bundes- und Länderebene sowie an alle Beteiligten in der Hochschulpolitik.

Im Einzelnen sehen wir die Notwendigkeit, dass

1. die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland pragmatisch überarbeitet wird. Die Studiengänge müssen flexibilisiert, Masterplatzkapazitäten ausgeweitet und ausreichende Zeitfenster zur Mobilitätsförderung eingerichtet werden.
2. die Hochschulen von staatlicher Seite personell und finanziell sachgerecht ausgestattet werden.
3. Allgemeine Studiengebühren abgeschafft werden. Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss durch den Staat finanziert werden und darf kein Privileg für finanziell Bessergestellte sein.
4. die studentische Mitbestimmung gestärkt wird. Eine paritätische Vertretung in den Hochschulgremien ist unerlässlich.
5. Freiräume für ehrenamtliches Engagement geschaffen werden. Um die Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt zu sichern, müssen geeignete Formen gefunden werden, z.B. Freisemester für ehrenamtliches Engagement gewährt werden.

Zu 1: Bologna-Prozess

Die KSJ unterstützt die in der Erklärung von Bologna formulierte Absicht, einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen. Insbesondere das Ziel, die studentische Mobilität zu fördern gilt es effektiv voranzutreiben. Aus kultureller Perspektive ist das Potenzial für die Stärkung der europäischen Bürgerschaft und der europäischen Integration beachtlich und wertvoll. Die direkte Begegnung und der Austausch unter Studierenden sind nicht nur für die eigene Persönlichkeitsentwicklung wichtig. Sie leisten auch einen wirkungsvollen Beitrag für gegenseitiges kulturelles Verständnis und das Zusammenwachsen Europas.

Unabhängigkeit von den grundsätzlichen Chancen eines gemeinsamen europäischen Hochschulraumes sehen wir die Umsetzung des Reformprozesses in Deutschland mit kritischen Augen. Sie wurde überhastet und unbedacht vorgenommen.

Die Umstellung der bisherigen Magister- und Diplomstudiengänge auf das neue Bachelor-/Mastersystem ist bereits weit fortgeschritten.¹ Im Rahmen von Bologna wäre es auch möglich gewesen, die alten Studiengänge beizubehalten und, etwa durch die Anerkennung des Vordiploms, eine gestufte Studienstruktur einzuführen. Die verbreitete Regelung, nach der Bachelorstudiengänge sechs und Masterstudiengänge vier Semester umfassen, ist nicht vorgegeben, sondern eine Entscheidung in der nationalen Umsetzung.

In den heutigen Bachelorstudiengängen steht weniger eine allgemeine wissenschaftliche Ausbildung als eine Reduzierung auf die „Employability“, die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktfähigkeit der Studierenden im Vordergrund. Wir sehen die Prinzipien einer umfassenden Bildung, die zur selbstkritischen Persönlichkeitsbildung und der Entwicklung individueller Fähigkeiten beiträgt, auf fatale Weise vernachlässigt. Für uns soll Bildung „[...] zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Gleichzeitig soll sie zu stetiger Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern.“

Die von Studierenden geäußerten Schwierigkeiten, allen voran hohe Arbeitsbelastung, Prüfungs- und Leistungsdruck sowie Konkurrenzverhältnisse unter den Studierenden stehen einem selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lernen entgegen. „Durch die studienbegleitende, permanente Abprüfung von Wissen werden zunehmend Überlebensstrategien prämiert, während selbständiges und kreatives Denken in den Hintergrund rückt.“² Der beängstigend hohe Zulauf der psychologischen Beratungsstellen der Studentenwerke zeigt, dass die Studierbarkeit der neuen Studiengänge in vielen Fällen nicht gegeben ist.³ Der in vielen Studiengängen herrschende extreme Leistungsdruck wird durch die begründete Angst, keinen Masterstudienplatz zu erhalten, noch verschärft. Bachelorabschlüsse eröffnen nur unsichere Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. So sind bei Bachelorabsolventen, wenn der Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht wird, die Gehaltserwartungen deutlich geringer und befristete Arbeitsverhältnisse wesentlich weiter verbreitet als bei Hochschulabsolventen anderer Abschlüsse. Insgesamt streben bisher fast drei Viertel der Bachelorabsolventen einen Masterabschluss an.⁴ Hier besteht eine eklatante Diskrepanz zu der politischen Zielsetzung, nur für ein Drittel der Bachelorabsolventen Masterplätze einzurichten.

Die mit der Umstellung einhergehende Einführung des ECT-Systems soll die Vergleichbarkeit des zeitlichen Aufwandes für einzelne Studienleistungen herstellen. Die Praxis zeigt, dass die Vergabe von ECTS-Punkten

¹ Zum Wintersemester 2008/09 waren bereits 75% aller Studiengänge auf das BA-/MA-System umgestellt, Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (http://www.bmbf.de/de/3336.php#stand_umsetzung).

² Richard Münch: Bologna oder die Kapitalisierung der Bildung; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 1/2010, S. 47-54.

³ Die psychologischen Beratungsstellen verzeichneten für das Jahr 2008 einen Anstieg von 20% gegenüber dem Bedarf des Vorjahres (Quelle: deutsches Studentenwerk).

⁴ Titz, Christoph: „Wer wenig erwartet, wird nicht enttäuscht“; in: Spiegel-Online vom 08.10.2009.

für einzelne Studienleistungen oftmals unverhältnismäßig vorgenommen wird, und mit dem tatsächlichen Zeitaufwand nicht korrespondiert. Der zeitliche Aufwand ist ohnehin von einer Vielzahl individueller und äußerer Faktoren abhängig (Eigenes Vorwissen und Lerntempo, Anforderungen des Dozenten, Komplexität des Themas, das nicht immer im Vorhinein absehbar ist). Damit bedeutet das ECT-System letztlich ein Muster ohne Wert, das an der Realität oft sehr weit vorbei geht.

Eines der Kernziele, die Förderung der studentischen Mobilität innerhalb Deutschlands wie auch ins Ausland, wurde bisher verfehlt. Es ist bisher nicht gelungen, die Anerkennungsverfahren flächendeckend zu vereinfachen und eine signifikante Steigerung der Mobilität im Vergleich zu den alten Studiengängen zu erreichen. Einer der wesentlichen Gründe ist, dass die Studienstrukturen zu straff angelegt sind, sodass die Regelstudienzeit durch Auslandsaufenthalte nicht eingehalten werden kann.⁵

Deshalb fordern wir:

- Die Masterplatzkapazitäten müssen den realen Anforderungen angepasst werden. Die Mehrzahl der Studierenden strebt aus verschiedenen Gründen einen Masterabschluss an. Hier muss die finanzielle und personelle Ausstattung der Masterstudiengänge deutlich angehoben werden, um dem Bedarf gerecht zu werden. Wer sich für ein Masterstudium entscheidet, muss auch einen Studienplatz erhalten.
- Wir fordern außerdem die Flexibilisierung von Studienverlaufsplänen und Abgabeterminen sowie die Abschaffung von Anwesenheitspflichten. Studierende sind aus sich heraus am Wissenserwerb interessiert und müssen nicht durch Anwesenheitspflichten kontrolliert werden. Dies widerspricht dem Prinzip der Selbstverantwortung im Studium und stellt Studierende mit außeruniversitären Verpflichtungen vor ernsthafte Probleme.
- Zur Förderung der Mobilität müssen ausreichende Zeitfenster sowohl in den Bachelor- als auch in den Masterstudiengängen eingerichtet werden. Viele praktische Mobilitätshindernisse könnten durch die Angleichung von Semesterbeginn und -ende innerhalb des Bologna-Raums behoben werden. Außerdem müssen gleichwertige Leistungen, die an anderen Hochschulen erbracht werden, anerkannt werden.
- Die Studierenden müssen in diese Prozesse der Studiengestaltung eingebunden werden. Nur so kann die Studierbarkeit der Bachelor- und Masterstudiengänge gewährleistet und die Eigenverantwortlichkeit der Studierenden gestärkt werden.

Zu 2: Hochschulfinanzierung

Das deutsche Bildungssystem leidet unter erheblicher staatlicher Unterfinanzierung. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP sank in den Jahren 1995 bis 2008 von 6,8% auf 6,2%. Damit liegt Deutschland

⁵ Vgl. HIS-Studie: Internationale Mobilität im Studium 2009 – Wiederholungsuntersuchung zu studienbezogenen Aufenthalten deutscher Studierender in anderen Ländern (Berlin 2009).

nicht nur unter dem OECD-Durchschnitt, sondern auch unter den politisch angekündigten Zielen. Im Rahmen der Bildungsfinanzierung ist die Hochschulfinanzierung eine der zentralen Aufgaben des Staates.

Diese Situation hat unter den Hochschulen zu einem Wettbewerb um die Generierung zusätzlicher Drittmittel geführt. „An die Stelle einer der Allgemeinheit verpflichteten demokratisch verantworteten Forschung und Lehre ist die `unternehmerische Hochschule´ getreten.“⁶

Mit der Einführung der „Exzellenzinitiative“ erreichte diese Situation eine bisher nicht gekannte Qualität. Der Wettbewerb um projektbezogene staatliche Fördermittel zerschlägt das über Jahre bewährte, auf dem Prinzip der Gleichheit beruhende deutsche Hochschulsystem. Die bisherige Auswahl der geförderten Hochschulen zeigt zudem, dass ein wirklicher Wettbewerb nicht besteht.⁷ Für privatwirtschaftliche Geldgeber ohnehin interessante Forschungsbereiche und -standorte werden eher berücksichtigt, wodurch bestehende Qualitätsunterschiede weiter verschärft werden. Wirtschaftlich uninteressante und schlecht „verwertbare“ Studiengänge werden vernachlässigt und stehen oftmals vor dem Aus.

Die fatale Wirkung ist letztlich die Spaltung des deutschen Hochschulsystems in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft.

Deshalb fordern wir:

- Die finanzielle, personelle und räumliche Ausstattung der Hochschulen bleibt eine Aufgabe des Staates. Der von Bildungsministerin Anette Schavan geforderte Anteil von 10 Prozent des BIP für Bildung muss endlich erreicht werden!
- Zudem fordern wir die Beendigung der Exzellenzinitiative. Eine Spaltung der deutschen Hochschullandschaft in wenige Elitestandorte auf der einen und die breite Masse auf der anderen Seite untergräbt letztlich eine der wesentlichen Stärken des deutschen Hochschulsystems. Die bereit gestellten Gelder müssen in die staatliche Breitenförderung der Hochschulen fließen.
- Um die Gesamtfinanzierung von Studienplätzen in ausreichender Zahl zu gewährleisten, fordern wir einen Studienplatzfinanzierungsausgleich. Es muss gewährleistet sein, dass die Einrichtung von Studienplätzen im eigenen Bundesland kostengünstiger ist, als die Finanzierung von Studienplätzen in anderen Bundesländern. Auf diese Weise werden stärkere Anreize geschaffen, Studienplätze zu erhalten und zu schaffen.

Zu 3: Studienfinanzierung

Das gesamte deutsche Bildungssystem ist von einer alarmierenden sozialen Selektion betroffen, deren Ursprung auch in der finanziellen Situation betroffener Bevölkerungsgruppen liegt. Diese Entwicklung macht auch vor dem deutschen Hochschulsystem nicht halt, sondern führt sich hier ungemindert fort.

⁶ Wolfgang Lieb: Humboldts Begräbnis – Zehn Jahre Bologna-Prozess; aus: Blätter für deutsche und europäische Politik, 6/2009, S. 89-96.

⁷ Insbesondere die Vergabe in der Kategorie „Zukunftskonzepte“ offenbart eine starke Dominanz süddeutscher Standorte. Zur Vergabe siehe BMBF: <http://www.bmbf.de/de/12156.php?LANG=DEU&N=4>.

Die Erhebung von allgemeinen Studiengebühren ist ein Ausdruck dieser erschreckenden Auswüchse in der deutschen Hochschullandschaft. Deren selektive und abschreckende Wirkung ist eindeutig belegt. Die 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zeigt deutlich die Verschärfung des sozialen Ungleichgewichts an den deutschen Hochschulen. Der persönliche finanzielle Hintergrund entscheidet über die Möglichkeit, ein Studium beginnen zu können. Die eigenen Eltern sind mit großem Abstand die häufigste Finanzierungsquelle für Studiengebühren (59%), gefolgt von eigener Erwerbstätigkeit (30%).⁸ Mehr denn je ist die Entscheidung, ein Studium aufzunehmen, durch den eigenen finanziellen Hintergrund beeinflusst. Die Aussicht, zur Aufnahme des Studiums einen Kredit aufnehmen zu müssen und die Angst, schon in jungen Jahren einen Schuldenberg aufzubauen, schreckt junge Menschen von der Aufnahme eines Studiums ab. Bildung wird zur Ware.

Das Nationale Stipendienprogramm (NASTIP) als eigenständige Säule der Studienfinanzierung sehen wir mit kritischen Augen. Deren Vergabepraxis weist eine eklatant hohe soziale Diskrepanz auf. Geförderte StipendiatInnen kommen überdurchschnittlich oft aus „gehobenen oder hohen sozialen Kreisen“, nur ca. 9% weisen einen „niedrigen sozialen Status“ auf.⁹ Ihrem bildungspolitischen Auftrag, auch sozial-ökonomisch ausgleichend zu wirken, wird die Vergabe von staatlichen Stipendien damit nicht gerecht.

Eine soziale und bedarfsgerechte Unterstützung der Studierenden muss weiterhin auf Grundlage des bewährten BAföG erreicht werden. Dementsprechend bewerten wir die Anpassungen der Fördersätze und Freibeträge der letzten Jahre als sinnvoll und notwendig. Die bestehenden komplizierten und undurchsichtigen Antragsverfahren bilden allerdings unnötige Hürden für Studierende, deren Studium von dieser Unterstützung abhängt.

Deshalb fordern wir:

- Wir fordern die schnellstmögliche bundesweite Abschaffung allgemeiner Studiengebühren. In der Übergangsphase fordern wir eine Befreiung von Studiengebühren für ehrenamtliches Engagement auch über genuin studentisches Engagement hinaus. Die Studierenden müssen über die Verwendung der Gebühren, solange sie noch existieren, mitentscheiden.
- Wir fordern, dass die finanziellen Mittel des nationalen Stipendienprogramms (NASTIP) in die BAföG-Förderung fließen, wo sie einer weit größeren Zahl an Studierenden zugute kommen. Dieses Stipendienprogramm ist kein gerechtes Mittel zur Studienfinanzierung. Es trägt in der Praxis nicht zu einem sozialen Ausgleich bei.
- Die BAföG-Förderung muss zur Finanzierung eines Hochschulstudiums für jede/n ausreichend sein, daher müssen die Fördersätze und Freibeträge in regelmäßigen Abständen an die Inflationsrate und steigende Lebenshaltungskosten angepasst werden. Sie dürfen nicht so lange stagnieren, bis sie

⁸ Vgl.: 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt durch das HIS Hochschul-Informations-System. www.sozialerhebung.de (Zugriff: 25.08.2010).

⁹ Vgl.: Studie „Das soziale Profil in der Begabtenförderung“. HIS-Projektbericht, April 2009.

den realen Anforderungen der Studierenden nicht mehr entsprechen.

Zu 4: Studentische Mitbestimmung

Demokratische Strukturen bilden das Fundament unserer Gesellschaftsordnung. Sie müssen auch an den Hochschulen gefördert und gestärkt werden. Aus diesem Grund sehen wir die aktuelle Entwicklung zu einer verstärkten Außensteuerung der Hochschulen durch die Einsetzung von Hochschulräten mit großer Besorgnis. Die akademische Selbstverwaltung und Hochschulautonomie wird so untergraben.

Starke, demokratisch legitimierte Hochschulgremien, in denen die einzelnen Gruppen angemessen vertreten sind, sind zur Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit von Forschung und Lehre unerlässlich. Leider stellen wir fest, dass auch innerhalb der Gremien die demokratische Struktur nicht in ausreichendem Maße gegeben ist. In vielen Fällen ist die Gruppe der ProfessorInnen in den Senaten der Hochschulen zahlenmäßig und bezüglich des Stimmgewichts überlegen. Damit sind die Einflussmöglichkeiten der übrigen Gruppen, des wissenschaftlichen Dienstes, der sonstigen MitarbeiterInnen und der Studierenden nur marginal. Dabei bilden die Studierenden nicht nur die mit weitem Abstand größte Gruppe an den Hochschulen, sondern sind auch von Veränderungen im Lehrangebot und der Studienstruktur direkt betroffen. Als solche müssen sie an deren Gestaltung aktiv teilhaben können. Die derzeitige Diskrepanz zwischen dem Anspruch auf demokratische Mitbestimmung und tatsächlicher Einflussnahme ist erschreckend.

In Deutschland ist die demokratische Organisation und Einflussnahme der Studierenden, mit Ausnahme von Bayern und Baden-Württemberg, über verfasste Studierendenschaften geregelt. Die studentische Vertretung über das Studierendenparlament und den AStA ist für eine selbstverwaltete und demokratisch strukturierte Hochschule unerlässlich.

Mit kritischen Augen sehen wir die verbreitete Begrenzung des politischen Mandats der AStA auf den hochschulpolitischen Bereich. Die strikte Trennung von Hochschulpolitik und allgemeinen gesellschaftspolitischen Themen ist künstlich und lebensfremd. Die Verantwortung der Hochschulen für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung betrifft auch die Studierenden und ihre gewählte Vertretung.

Deshalb fordern wir:

- Studierende müssen als gleichberechtigte Mitglieder der Hochschulen akzeptiert und nicht als Kunden verstanden werden.
- Der Außensteuerung der Hochschulen durch externe Hochschulräte muss durch die Stärkung der demokratischen Gremien innerhalb der Hochschulen begegnet werden. Deshalb muss die studentische Mitbestimmung massiv gestärkt werden. Wir fordern mindestens eine Viertelparität in den Senaten der Hochschulen, um eine tatsächliche Mitbestimmung zu gewährleisten.
- Zudem müssen die Studierenden bei der Qualitätsentwicklung an der gesamten Hochschule wie auch innerhalb der einzelnen Studiengänge einbezogen werden.

- Wir fordern außerdem die Einführung verfasster Studierendenschaften auch in den Bundesländern, in denen sie bisher nicht bestehen. Als größte Gruppe an der Hochschule ist eine starke, einflussreiche und gewählte Vertretung der Studierenden unabdingbar, um den eigenen Interessen und Standpunkten Ausdruck zu verleihen.

Um ihrer Verantwortung für die Studierenden, die Hochschule und die gesamte Gesellschaft nachkommen zu können, ist die Erteilung des allgemeinpolitischen Mandats für die AStA notwendig. Nur so können hochschulpolitische Entwicklungen in den gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet und in ihrer gesamten Komplexität erfasst werden.

Zu 5: Ehrenamtliches Engagement

Für uns als Jugendverbände ist ehrenamtliches Engagement wesentliches und gestaltendes Element.

Die ehrenamtlich organisierte Jugendarbeit ist massiv davon betroffen, dass immer mehr Ehrenamtliche zur Finanzierung des Studiums – insbesondere aufgrund von Studiengebühren und zu geringer BAföG-Unterstützung – zusätzlich arbeiten müssen. Dies geht in der Regel zu Lasten ihres ehrenamtlichen Engagements. Perspektivisch ist damit das Überleben vieler Jugendverbände- und Organisationen gefährdet, da viele Jugendliche mit Studienbeginn die zusätzliche finanzielle Belastung bereits antizipieren und Ehrenämter erst gar nicht übernehmen. Wir sehen, dass an vielen Hochschulen Möglichkeiten geschaffen wurden und werden, ehrenamtliches Engagement in inneruniversitären Gremien wie AStA und Studierendenparlament durch Befreiung von Studiengebühren und der Gewährung von Freisemestern deutlich zu honorieren. Zurzeit ist es nicht üblich, auch außeruniversitäres Engagement entsprechend zu würdigen.

Bisher vernachlässigt wird ehrenamtliches Engagement auch bei der Vergabe von privaten Stipendien. Es wird von den verteilenden Stiftungen zwar berücksichtigt, hat aber nur den Stellenwert eines Sekundärkriteriums. Entscheidend für eine Vergabe sind, zumindest in der ersten Bewerbungsrunde, allein die Schul- und Studienleistungen. Wir befürchten, dass dem ein eng geführter Begabungsbegriff zugrunde liegt, der primär auf die Passgenauigkeit von Fähigkeiten und Interessen zu Studien- und Prüfungsordnungen abstellt und soziale, kulturelle sowie überfachliche Kompetenzen sowie ehrenamtliches Engagement vernachlässigt.

Ehrenamtliches Engagement nicht nur in der Jugendarbeit ist wesentlich für die Persönlichkeitsbildung, wichtige Instanz des Kompetenzerwerbs für das Berufsleben und Garant für eine dauerhaft aktive, demokratische BürgerInnengesellschaft. Es verdient jede Unterstützung.

Deshalb fordern wir:

- Wir fordern in der Übergangszeit bis zur Abschaffung der Studiengebühren eine Befreiung von diesen für ehrenamtlich Engagierte auch über genuin studentisches Engagement hinaus.
- Darüber hinaus sehen wir den Bedarf, Freisemester für ehrenamtliches Engagement zu gewähren,

so dass eine Vereinbarkeit von Studium und Ehrenamt möglich bleibt. Dabei sehen wir die Notwendigkeit, dass Grundlagen für solch eine Befreiung geschaffen werden. Diese müssen zum einen das Ehrenamt vor einer Ausnutzung durch Studierende schützen, die es zur Studiengebührenbefreiung und zur Verlängerung von Regelstudienzeiten missbrauchen wollen. Zum anderen müssen sie mit dazu beitragen, dass ehrenamtliches Engagement eine Wertschätzung erfährt, die sowohl das Studium als auch das weitere Wahrnehmen des Ehrenamtes ermöglicht. Um dies konstruktiv zu erarbeiten und die Richtlinien bedarfsgerecht abzustecken, müssen Hochschulen und Organisationen, die auf freiwilliges Engagement angewiesen sind, gemeinsam entsprechende verbindliche Regelungen an den Gesetzgeber herantragen.

- Die privaten Studienstiftungen fordern wir auf, ehrenamtliches Engagement bei der Vergabe von Stipendien stärker zu berücksichtigen und ihm die Wertschätzung entgegen zu bringen, die es verdient.

Die Katholische Studierende Jugend und ihre Motivation für dieses Positionspapier

Die Katholische Studierende Jugend (KSJ) ist ein freier Zusammenschluss innerhalb der katholischen Kirche. In unserem Grundsatzprogramm Plattform sagen wir: „Wo unter dem Anspruch Jesu Christi Herrschaft Gottes verkündet und geglaubt wird und wo Menschen in seiner Nachfolge Herrschaft Gottes zu realisieren suchen, da ist Kirche. Sie lebt als Gemeinschaft, die sich von ihm berufen weiß, und sich zu ihm als Herren bekennt. Sie begegnet ihm im Gedächtnis seines Todes und seiner Auferstehung und wird dazu befreit, die in Jesus angebrochene Herrschaft Gottes zu bezeugen und zu erhoffen, die Gegenwart kritisch in Frage zu stellen und radikal und umfassend für die Sache des Menschen einzutreten, das heißt, sich für menschliche Gerechtigkeit, Friede und Versöhnung einzusetzen.“¹⁰ Deshalb ist es für uns wesentlich, jede gesellschaftliche Realität in Frage zu stellen. Da wir als SchülerInnen und Studierende die gegenwärtigen individuellen und politischen Bedingungen in Gesellschaft und Kirche erkennen, artikulieren wir immer wieder auf unterschiedliche Weise unsere Vorstellungen, um eine bessere Lage für SchülerInnen, Studierende und die Gesellschaft zu bewirken.

Deshalb verfolgen wir die Entwicklung des deutschen Bildungssystems mit kritischen Augen. Die erheblichen Veränderungen des Hochschulsystems in den letzten Jahren lassen eine Entwicklung erkennen, die unserem Verständnis von ganzheitlicher Bildung entgegensteht. Für uns müssen „Autonomie, Freiheit und Entfaltung der Einzelnen in seinen Neigungen und Fähigkeiten einerseits und Solidarität, Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung andererseits [...] im Mittelpunkt der Bildung stehen. Individuelle und soziale Werte und Ziele sollten sich wie zwei Pole in Wechselwirkung gegenüberstehen.“¹¹

Vor diesem Bildungsbegriff haben für uns Hochschulen folgende Aufgaben:

1. Am Anfang steht die Befähigung zum selbstständigen Wissenserwerb und Wissensbewältigung in

¹⁰ Grundsatzprogramm der KSJ „Plattform“, Teil 1, 10.

¹¹ Grundsatzprogramm der KSJ „Plattform“, Teil 2, Abschnitt 2.1.

einer Zeit des ständig beschleunigten Wachstums des Wissens.

2. Gründliche fachbezogene Ausbildung muss gewährleisten, den Zusammenhang von Grundlagenwissen, theoretischen Zusammenhängen und Praxisrelevanz zu erfassen.
3. Neben der Ausbildung und Berufsqualifizierung dient die Hochschule der ganzheitlichen Bildung der Studierenden, insbesondere der Werteorientierung und ethischen Urteilsfähigkeit. Verantwortung im gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Zusammenhang muss nicht zuletzt durch eigenständige Mitgestaltungsmöglichkeiten gefördert werden.
4. Die Hochschulen sollen Ideenwerkstätten für die Weiterentwicklung und Lösung sozialer, gesellschaftlicher und globaler Problemlagen sein.¹²

Auf dieser Grundlage steht das hier vorliegende Positionspapier. Es ist Ausdruck unserer Besorgnis um die Bildungssituation an deutschen Hochschulen. Es verdeutlicht unseren Wunsch nach einer **Bildung ohne Grenzen!**

Einstimmig verabschiedet auf der Bundeskonferenz der KSJ in Altenberg am 29.12.2010

¹² Vgl. KSJ, Neuerburger Erklärung 2003.